

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung

zur Lage in der Golfregion und in Litauen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erneuert seine Verurteilung des Überfalls des Iraks auf Kuwait. Er verurteilt die andauernde Besetzung Kuwaits durch den Irak und die brutalen Menschenrechtsverletzungen in Kuwait während der irakischen Besetzung. Er verlangt, daß der Irak den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates Folge leistet und das kuwaitische Staatsgebiet unverzüglich räumt.
2. Der Deutsche Bundestag verurteilt die völkerrechtswidrigen Drohungen des Iraks, Chemiewaffen einzusetzen, weltweit Terrorakte zu begehen und Israel anzugreifen.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Rolle der Vereinten Nationen im Golfkonflikt und unterstützt ihre weitere Stärkung bei der Lösung internationaler Konflikte.
4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. Er stellt fest, daß der Beschluß des UN-Sicherheitsrates vom 29. November 1990 keinen militärischen Automatismus enthält. Er lehnt militärische Gewaltmaßnahmen gegen den Irak nach Ablauf des Ultimatums zum 15. Januar 1991 ab.
5. Der Deutsche Bundestag bekräftigt den Willen der Bundesrepublik Deutschland, das Embargo gegen den Irak so lange weiterzuführen, bis der Irak das Staatsgebiet Kuwaits geräumt hat. Er fordert eine Verschärfung der Sanktionen gegen den Irak. So sind alle Flugverbindungen von und nach dem Irak zu unterbinden. Jede Umgehung des Embargos ist zu verhindern.
6. Ein kriegerisches Vorgehen gegen den Irak würde nicht allein eine unabsehbare Zahl von Opfern fordern, sondern selbst bei

einer – keineswegs gewissen – zeitlichen und räumlichen Begrenzung die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region nur noch weiter vergrößern. Es würde die Gefahr mit sich bringen, – mit weltweiten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen – die ganze Region in Brand zu setzen.

7. Der Deutsche Bundestag verurteilt mit Empörung, daß Unternehmen aus Deutschland und deutsche Staatsangehörige an der Aufrüstung des Iraks, insbesondere im chemischen und nuklearen Bereich und in der Raketentechnologie mitgewirkt haben. Der Deutsche Bundestag verurteilt die jahrelangen Verharmlosungen, Unterlassungen und Versäumnisse der Bundesregierung in der Rüstungsexportpolitik. Er fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit dem Deutschen Bundestag weitere Rüstungsexporte und die Weitergabe von militärischem Know-how in die Golfregion zu unterbinden und jede Zuwiderhandlung mit äußerster Schärfe zu verfolgen. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Absicht, im Grundgesetz das Verbot des Rüstungsexports in Staaten außerhalb des Bündnisses zu verankern.
8. Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß Einheiten der Bundeswehr nur zur Verteidigung bei einem Angriff auf das Bundesgebiet oder im Bündnisfall eingesetzt werden dürfen. Die Entsendung einer Einheit der mobilen Eingreiftruppe der NATO in die Türkei mit Beteiligung von Bundeswehreinheiten ist eine Fehlentscheidung. Sie ist nicht gerechtfertigt, weil es keine hinreichenden Anzeichen eines irakischen Angriffs auf die Türkei gibt. Sie trägt zur weiteren Verschärfung der Lage bei. Das Entsendungsverlangen ist in der Türkei selbst umstritten. In Anbetracht der Tragweite der Entscheidung der Bundesregierung wäre es schon aus politischen Gründen geboten gewesen, vorher die Willensbildung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.
9. Die Entscheidung darüber, ob der Bündnisfall vorliegt und über den Einsatz deutscher Streitkräfte, also die Entscheidung über Krieg und Frieden, liegt beim Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert zu bestätigen, daß sie der Willensbildung des Deutschen Bundestages in dieser Frage nicht vorgreifen und keine vollendeten Tatsachen schaffen wird.
10. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich an keiner Maßnahme zu beteiligen, die zur militärischen Eskalation am Golf beiträgt. Statt dessen sind alle Initiativen zu unterstützen, die eine Lösung des Golfkonflikts mit nicht-militärischen Mitteln ermöglichen.
11. Der Deutsche Bundestag appelliert darüber hinaus an die Bundesregierung und die anderen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft, nach einem Rückzug des Iraks aus Kuwait die Initiative für eine Nah-Ost-Friedenskonferenz und für die Erneuerung eines institutionalisierten europäisch-arabischen Dialogs zu ergreifen. Ziel dieser Initiative muß es sein, die Existenz Israels in anerkannten Grenzen zu sichern, das

Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verwirklichen, die staatliche Integrität des Libanon wiederherzustellen und die Menschenrechte der Kurden zu gewährleisten. Ziel ist es, durch eine gerechte politische und soziale Ordnung den Frieden im Nahen und Mittleren Osten herzustellen.

Bonn, den 14. Januar 1991

Dr. Vogel und Fraktion

